

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA - finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 67. Sitzung vom 17. Juni 2010 zum Thema: Begründung Aktuelle Stunde

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Regierungskoalition will heute in der Aktuellen Stunde über die Zukunft der Charité reden. Das ist ein wichtiges Thema und würde auf unsere begeisterte Zustimmung treffen, wenn Sie irgendetwas Neues zu bieten hätten. Das haben Sie aber nicht.

[Beifall bei den Grünen]

Anders als Sie, Herr Czaja, denken wir, dass die Handlungsunfähigkeit des Senats in der ganzen Stadt bekannt und keine Aktuelle Stunde mehr wert ist. Es macht keinen Sinn, auf jeder Sitzung darüber zu diskutieren, dass Rot-Rot nach neun Jahren Regierungszeit müde, ausgelaugt und ohne zündende Ideen ist, und so zu tun, als sei das etwas Neues.

Was haben die verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition nach monatelanger Streiterei im Senat zustande gebracht? – Die nötige Strukturreform bei Charité und Vivantes jedenfalls nicht. Zu mehr als einem Investitionszuschuss für die Charité – das ist der Kern – hat es nicht gelangt. „Die 330 Millionen Euro werden vorrangig für die Sanierung in Mitte eingesetzt“, hat der Senat dazu wörtlich erklärt. Vorrangig! – Das ist Satire, oder? Jeder hier im Saal weiß doch, dass 300 Millionen Euro nicht einmal für das Bettenhaus in Mitte reichen.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Begründen Sie mal Ihre Aktualität!]

Und was ist mit dem Klinikum Steglitz, um das sich der Streit seit Monaten dreht? – Dazu schreibt der Senat wörtlich: „Über Umfang und Zeitpunkt weiterer notwendiger Investitionen wird spätestens zur Aufstellung des Haushaltsplans 2014/2015 entschieden.“

[Zuruf von der Linksfraktion]

Na toll! Der Kern des Problems wird in vier, fünf Jahren angegangen, soll aber heute schon für eine angeblich hochaktuelle Stunde im Parlament herhalten. Sie kippen das Problem einer guten Krankenversorgung der nächsten Regierung vor die Füße und tun auch noch so, als sei das Teil einer planvollen Strategie für die nächsten fünf Jahre. Dabei haben Sie gar keinen Plan, sonst hätten Sie ihn ja beschlossen. Nein, Ihre Aktuelle Stunde unterstützen wir Grüne nicht!

[Beifall bei den Grünen]

Da finden wir es interessanter, über ein Feld zu reden, auf dem Rot-Rot noch erstaunlich handlungsfähig und aktiv ist, nämlich darüber, welche Energie Sie noch entwickeln können, wenn es darum geht, öffentliche Aufträge an Genossen zu verschieben. Welch ein Kontrast tut sich zur Ideenlosigkeit und Untätigkeit im Senat auf, wenn man den Abschlussbericht der Wirtschaftsprüfer zum Vergabeskandal bei der HOWOGE liest! Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen diese Lektüre nur empfehlen.

Die HOWOGE hat ihre Aufträge über Jahre gezielt, systematisch und bewusst rechtswidrig vergeben. Mindestens zwei Hinweise, mit denen Mitarbeiter angemahnt hatten, die rechtswidrige Vergabep Praxis zu beenden, lagen dem Vorstand vor und wurden bewusst unterdrückt. Schon die Richtlinien der HOWOGE wimmeln von Ausnahmetatbeständen, die erkennbar darauf zielten, eine rechtswidrige Praxis zu

ermöglichen. Wie blind muss ein Aufsichtsrat eigentlich sein, das nicht schon im Ansatz zu erkennen?

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Die Finanzverwaltung hat wenigsten ihre Vertreter im Aufsichtsrat der HOWOGE ausgewechselt. Wollen Sie, Frau Junge-Reyer, das nicht allmählich mit Ihrem Abgesandten Herrn Schulgen tun, der bei der HOWOGE eine bedeutend wichtigere Rolle spielt als der Vertreter von Finanzen?

Hochmerkwürdig ist auch Folgendes: Es gibt keine einzige Beschwerde von Konkurrenten des Herrn Hillenberg bei der EU-Kommission, die ein Verfahren gegen die HOWOGE in Gang gebracht hätte. Auch fehlen die ansonsten allfälligen Briefe an Abgeordnete von Konkurrenzunternehmen, die sich von diesem „closed shop“ benachteiligt fühlten. Merkwürdig, nicht?

Da drängt sich dem gesunden Menschenverstand doch die Frage auf, ob hier ein stadtweites Kartell am Werk ist,

[Beifall bei den Grünen – Lars Oberg (SPD): Verschwörungstheoretiker!]

in dem Auftraggeber und Auftragnehmer die Claims abgesteckt haben und sich nicht gegenseitig in die Suppe spucken. Der Fall HOWOGE ist ein Fall für die Staatsanwaltschaft und die Kartellbehörde – Frau von der Aue, und vor allem Herr Wolf, der Sie der oberste Kartellwächter in Berlin sind und für fairen Wettbewerb zu sorgen haben.

Bis jetzt kann ich nur erkennen: still ruht der rot-rote See - oder vielleicht besser :der langsam versumpfende Tümpel.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Und auch Sie, Herr Wowereit, sind aufgefordert, sich endlich in Bewegung zu setzen. Als die Spitze des Eisbergs bei der HOWOGE vor zwei Monaten sichtbar wurde, haben Sie noch behauptet: Das System ist in Ordnung, es hat Regeln und bei Verstößen wird reagiert. – Das war eine Schutzbehauptung oder zumindest ein Irrtum. Welche Schlüsse ziehen Sie und der Senat jetzt daraus? Kommt von Ihnen eine Änderung des Betriebegesetzes und des Vergabegesetzes, die den landeseigenen Unternehmen eine saubere Vergabepaxis auferlegen – Vorbilder dafür gibt es, etwa im rot-grün regierten Bremen –, oder müssen wir es selbst machen, weil auch in dieser Frage vom Senat in Zukunft nichts zu erwarten ist?

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Besser, Sie lassen die Finger davon!]

Wir machen das gern. Aber vorher würden wir gern heute mit Ihnen über die offenen Fragen diskutieren. Hier besteht aktueller Handlungsbedarf. Deshalb fordern wir Sie auf, unserem Themenvorschlag zuzustimmen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]